

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

30 (21.11.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 30

Mannheim, den 21. November 1946

Preis 10 Pfg.

Wie kommen wir durch den Winter?

Als wir den letzten Winter mit seinen großen Leiden hinter uns hatten, waren viele Optimisten der Auffassung, daß damit der schwerste Teil der deutschen Nachkriegsschwierigkeiten gemeistert sei. Ein langer Sommer lag vor uns. Voll Hoffnung und Glauben ging das werktätige Volk an die Arbeit, um Nahrung, Kleidung und Wohnung aus den Trümmern des vom Hitlerfaschismus zerstörten Landes zu schaffen.

In den zerstörten Fabriken und Werkstätten.

oft ohne ein Dach über dem Kopfe, schufteten inzwischen Mann und Frau bei gestoppten Löhnen, um das tägliche Brot für ihre Familien zu erringen. Dabei war eines Ziel und Leitstern: Die Aufrichtung eines fortschrittlichen, freien Deutschland, in dem die Werktätigen als die Schöpfer allen Wohlstandes den ersten Platz einnehmen sollten. Von hohen Idealen angefeuert, von Zukunftshoffnungen erfüllt, wirkten und schafften Deutschlands Proletariat hungernd und frierend im letzten Winter. Sie fragten nicht viel nach Geld und Gut, sondern gaben unter Einsatz von Gesundheit und Leben ihr Bestes für den Neuaufbau. Die Kategorien der

Schieber und Schwarzhändler

machten inzwischen großen Umsatz mit noch größerem Gewinn. Die Angehörigen dieser meist aus schmarotzenden Nazis bestehenden Gilde lebten und leben auch heute noch ohne Arbeit einen guten Tag. Sie sind für die Erzeugung von Gütern nicht zu haben, Arbeit ist ihnen ein Grauel.

Einen langen Sommer hatten die Regierenden vor sich.

um den Idealismus und Arbeitswillen des schaffenden Volkes zum Aufbau von Wohnungen, zur Erzeugung von Gebrauchsgegenständen, zur planmäßigen Produktion aus noch vorhandenen Rohstoffen einzusetzen. Zwei Dinge galt es zu regeln, die von den Kommunisten tausendmal vorgeschlagen wurden:

Eine wirkliche Befreiung der Wirtschaft von Nazisten, Kriegsverbrechern und Kriegsgewinnlern, und

eine wirkliche Beteiligung der Werktätigen an der Planung, Durchführung und Kontrolle aller Produktion.

Damit wäre jeder Leerlauf aus Profitgier, Sabotage und ähnlichen Motiven unmöglich geworden.

Einen langen Sommer haben die Regierenden vergehen lassen,

ohne dem getarnten Reichsnährstand ein Ende zu machen. Ländliche Genossenschaften und gewählte Erfassungsausschüsse könnten seit langem die Erfassung der Produkte des Dorfes vornehmen. Damit wäre dem Schwarzhandel der Garaus gemacht. Allerdings, solange die hohen Herren „von und zu“ noch die Besitzer umfangreicher Latifundien sind, kann keine Besserung erhofft werden, weil der Nazigeist überall vorherrschend ist. Die

Bodenreform wurde versäumt, und damit viel bäuerliche Schaffenskraft lahmgelegt und der Aushungerung der Städte Vorschub geleistet. Die mangelhafte Erfassung aller lebensnotwendigen Nahrungsmittel ist eine Erscheinungsform kapitalistischer Agrarpolitik, die den egoistischen Raffgeist des Dritten Reiches zum Hauptbestandteil des Denkens breiter Schichten der Besitzer von Sachwerten gemacht hat.

Einen langen Sommer hatten die Regierenden zur Verfügung,

um der ungerechten Verteilung des Lebensbedarfs ein Ende zu machen. Jedoch der

Wir wählen:



Kommunisten Liste 4

Schaffer in der Fabrik muß von seinen Marken leben, während der Faulenzer die Dörfer unsicher macht, sich Bauch und Säcke füllt und die Preise in die Höhe treibt. Die Fabrikküchen haben schon seit Monaten kaum etwas zum Kochen, die Kaufkraft der Löhne und Gehälter ist ins Bodenlose gesunken, die Zulagekarten der Arbeiter und Angestellten werden immer und immer wieder attackiert und damit der Schaffensgeist der arbeitenden Menschen zum Erliegen gebracht. Das ist das Ergebnis eines langen, fruchtbaren Sommers. Er ist vertan, dieser Sommer, nutzlos, trotz aller Warnungen der Kommunisten und der Bereitwilligkeit des schaffenden Volkes, alles zu tun, um zu besten Resultaten zu kommen.

Wir stehen am Beginn eines neuen Winters

ohne Sicherung der Ernährung, ohne ausreichendes Brennmaterial für Wohnungen und Industrie, ja viele sind ohne Wohnung und Kleidung, Rohstoffe sind größtenteils aufgebraucht, der Aufbauwille, der noch vor einem Jahr die Massen beherrschte, ist von einer unendlichen Enttäuschung abgelöst worden. Der Hunger in den Städten wird immer größer, da die gesamte Ernährungswirtschaft in eine umfassende Krise geraten ist. Die Ernte ist nicht schlecht ausgefallen, und doch droht der völlige Zusammenbruch einer geordneten und ausreichenden Lebensmittelzuteilung. Die Kartoffelversorgung ist in Frage gestellt. Die Getreideaufbringung liegt unter dem Vorjahr. Die Milchabgabe beträgt kaum mehr als die Hälfte des Jahres 1943, sodaß die Fettrationen stark gesunken sind und auch weiterhin gefährdet bleiben. Fleischrationen sind gerade noch für den hohlen Zahn. Die öffentlichen Stellen haben bisher mit billigen Vertröstungen gearbeitet. Lieferungen aus Bayern, für die keinerlei Garantien vorhanden sind, sollen helfen. Nun werden wieder einmal, wie schon so oft, mit vielen Bücklingen vor der Militärregierung, die amerikanischen Retter in der Not um Hilfe angefleht. Gewiß, ohne ausländische Zuschüsse können wir z. Zt. nicht leben, aber es ist eines Volkes unwürdig, fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen, bevor nicht alles getan ist, um aus dem eigenen Lande unter Einsatz allen guten Willens das Möglichste herauszuarbeiten.

Es ist höchste Zeit,

daß dem Ernst der Lage Rechnung getragen wird. Die kommunistischen Vorschläge für die Besserung unseres Ernährungswesens sind überall bekannt. Wir verlangen eine wirkliche zentrale Planung und Lenkung jeder Produktion, auch der landwirtschaftlichen; ihre einheitliche Erfassung und Verteilung durch Ernährungsausschüsse, und die Schaffung demokratischer Bauernausschüsse an Stelle der autoritären Nährstandsorgane.

Wir verlangen eine gründliche Säuberung des Behördenapparates im Ernährungssektor.

Unser Ziel und Forderung war und ist eine ausreichende Bodenreform, die mehr Brot schafft. Um den völligen Zusammenbruch der Volksernährung und damit des gesamten Wirtschaftslebens zu verhindern, sind Sofortmaßnahmen notwendig.

Demokratische Bauernausschüsse müssen in jedem Dorf gewählt und nicht bestimmt werden. Sie sollen eine geordnete Erfassung und Verteilung vornehmen.

Die Säuberung des landwirtschaftlichen Behördenapparates von Reaktionären und Saboteuren ist dringlich.

Zusammenarbeit der Bauernausschüsse mit den Gewerkschaften und Betriebsräten der Städte zur gemeinsamen Bekämpfung des Hungers bringt Rettung.

Die Bevölkerung hält nichts von einer Demokratie, die diesen Namen nur zum

dürren, um die durch den Hunger verursachten ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erledigung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in das Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Schein trägt und in Wirklichkeit aber einen Behördenapparat darstellt, der sich durch Unfähigkeit und Desorganisation auszeichnet.

Die Mitarbeit und Kontrolle des Volkes erst ist die echte Demokratie,

die auch in dieser Zeit bitterster Not als einziger Ausweg vor drohendem Untergang vorgezeichnet ist.

In der Produktion liegt die Aufgabe in der Entmachtung der Kriegsschuldigen und ihrer Strohmänner.

Einheitliche Planung in Stadt und Land und volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte

In allen Fragen der Produktionsgestaltung, der Erfassung und Verteilung der Güter muß endlich verwirklicht werden.

Für diese Ziele kämpft die Kommunistische Partei. In der Einheit aller Werktätigen liegt die starke Kraft, die allein imstande ist, unser Volk vor einer Hungerkatastrophe zu bewahren.

Schafft diese Einheit!

Dann wird aus Hunger, Not und kapitalistischer Mißwirtschaft die neue Zeit geboren, deren Losung ist:

Friedlicher Aufbau und Sozialismus!

Paul Schreck,

2. Vorsitzender des ADGB und Landtagskandidat der KPD.

Stimmungsmache und Wahlschwindel

bilden die Nebelwand, hinter der gewisse gefährliche Kräfte verbergen wollen, um was es bei der Wahl in Wirklichkeit geht.

Nach dem bewährten Schlachtruf des hinkenden Propagandateufels des Nazireiches, „Haltet den Dieb!“ schreit man aus vollem Halse über die angebliche Gefahr einer Diktatur aus dem Osten, um damit das schaffende Volk blind zu machen für die Gefahr, die hier im eigenen Lande droht.

Der Mannheimer Arbeitsamtsdirektor und CDU-Stadtrat Kuhn wagt es, in einem Wahlartikel im „Mannheimer Morgen“ vom 14. November, eine der demokratischen Besatzungsmächte, die Sowjetunion, kurzerhand in einen Topf zu werfen mit dem faschistischen Italien und Spanien und dem Deutschland der Hitlerdiktatur. Wir brauchen uns nicht zum Verteidiger gerade jener Besatzungsmacht aufzuwerfen, die den entscheidenden Beitrag dazu geliefert hat, Deutschland überhaupt von der Nazidiktatur zu befreien. Herr Kuhn von der CDU sollte sich lieber an der eigenen Nase zupfen und sich daran erinnern, daß das Volk allüberall bereits von einer „schwarzen Diktatur“ der CDU spricht, die es am eigenen Leibe bitter genug verspürt.

Auch die DVP, die Partei der Monopolkapitalisten, entblödet sich nicht, in den Kinos eine Parteireklame laufen zu lassen, welche in hetzerischer Weise die Staatsemlenke einer der demokratischen Besatzungsmächte verwendet. Was würde geschehen, wenn die Kommunisten etwa den „Union Jack“ oder die „Stars and Stripes“ in Verbindung mit nazistischer parteipolitischer Propaganda verwenden würden?

Schon die Goebbels-Propaganda vor 1933 lebte bekanntlich von dem Schlagwort der „drohenden Diktatur von links“.

Hitler etablierte seine Diktatur mit der Lüge, daß er „im letzten Augenblick der Diktatur der KPD“ zuvorgekommen sei.

Millionen glaubten es und fielen kritiklos darauf herein, Millionen zahlen heute dafür mit ihrem schweren Los. Die reaktionären Kräfte der deutschen Bourgeoisie sind aber heute schon wieder dabei, die altbewährte nazistische Methode ihres Klassenkampfes anzuwenden, um Dumme zu fangen.

Schamlos übernehmen sie die Hauptlinien der Goebbelspropaganda, um durch die diktatorische Stimmungsmache und Hetze den Boden zu ebnet für ihre antidemokratischen Absichten und reaktionären Ziele.

Gerade Herr Kuhn von der CDU hätte allen Grund, seine üblichen antisowjetischen Verleumdungen einzustellen. War es doch niemand anders als der heutige amerikanische Staatsbürger, der christliche Kanzler Dr. Brüning vom damaligen Zentrum (heute CDU), der durch seine Notverordnungs-diktatur Hitler den Weg bereitete. Und allzu offensichtlich ist es bereits jedem sichtbar geworden, der Augen hat zu sehen, daß die CSU in Bayern mit ihrer Diktatur der Reaktion zur Macht verhilft.

Die Werktätigen wissen, daß alle Diktaturen, die unser Volk mit schwerstem Schaden an Leib und Gut erleiden mußte, von rechts, vom Besitzbürgertum kamen, sie wissen, daß das ganze mißtönende Geschrei von der „drohenden Diktatur von links“ aus dem Propagandaarsenal der Hitlerdiktatur stammt und nur dazu dient, die Massen abzulenken von den eigenen diktatorischen und reaktionären Mächtschaften.

Das schaffende Volk wird am 24. November den politischen Schwarzhändlern die Antwort geben. Es wählt

Kommunisten, Liste 4

Das schaffende Volk wählt KPD — damit Deutschland neu ersteh!

Demokratie ohne Demokraten!

Als 1918 der Zusammenbruch dem wilhelminischen System ein Ende bereitete, verwandelten sich über Nacht Reaktionäre und Militaristen in „Demokraten“. Nach einiger Zeit jedoch legten sie die demokratische Maske wieder ab und zeigten sich so, wie sie immer waren, als Reaktionäre und Militaristen. Nachdem sie für ihre Kriegsverbrechen vom schaffenden Volke nicht zur Rechenschaft gezogen wurden, traten sie mit der Behauptung auf den Plan: Die Ursache der großen Not sei der verlorene Krieg, und dieser sei deshalb verloren worden, weil die Heimat dem Heer den „Dolchstoß in den Rücken“ versetzt habe.

Und heute? Wiederm hat Deutschland einen Zusammenbruch furchtbarer Art erlebt. Wiederm verwandelten sich Reaktionäre und Militaristen in „Demokraten“. Und kaum sind eineinhalb Jahre ins Land gegangen, legen auch diese Herren ihre demokratische Maske wieder ab.

Auf der 14. außerordentlichen Tagung des Länderrates erklärte der badisch-württembergische „demokratische“ Ministerpräsident Dr. Meier:

„Wir Deutsche wissen, daß die Ursache unserer Not der verlorene Krieg ist.“

Also nicht die monopolistisch-faschistischen Kriegsverbrecher, die diesen Krieg vom Zaune gebrochen haben, sind Ursache und mithin schuld an unserer heutigen Not, sondern weil wir den Krieg verloren haben, so behauptet der Herr Ministerpräsident. Mit dieser seiner Meinung wird er die volle Zustimmung aller Reaktionäre und Militaristen finden. Und wir sind gar nicht erstaunt, wenn diese „Demokraten“ erklären, den Krieg haben wir deshalb verloren, weil das deutsche Volk nicht durchgehalten hat, also eine neue Dolchstoßlegende erfunden wird.

Dieses Spiel wird jedoch zum zweiten Male nicht gelingen. Das schaffende Volk wird nicht dulden, daß die neue demokratische Republik noch einmal von „Demokraten“ und Militaristen unterminiert wird.

Finanzbürokratismus

Daß ein Finanzamt in der glorreichen Hitlerära mit den drakonischsten Mitteln operierte, um Gelder für die Finanzierung der wahnwitzigen Eroberungspläne einzutreiben, ist an und für sich nichts Neues. Wenn aber diese Methoden noch heute fortgeführt werden und besonders noch gegenüber Alten und Kranken, so ist dies ein Zeichen dafür, daß anscheinend auch an diesen Stellen Kräfte sitzen, die von einem wirklich volksnahen Verwaltungsapparat keine Ahnung haben.

In Karlsruhe wohnt der seit 1933 pensionierte Invalide Karl Graf, Schützenstraße 24, dem seit dem Jahre 1900 seine Einkommensteuer vom Gehalt abgezogen wurde. Seit 1933 bezieht er ein Ruhegehalt von RM 91.50 und eine Angestelltenrente von RM 64.50. Seit dem Jahre 1940 nun wird er ununterbrochen von der Vollstreckungsstelle des Finanzamtes Karlsruhe-Stadt mit Pfändungsverfügungen und radikalen Eintreibungsbescheiden für Einkommensteuern verfolgt, sogar mit Vorauszahlungen, die er als Pensionär überhaupt nicht leisten kann. Das tollste Stück jedoch leistete sich diese Behörde am 24. 5. 46, also ein Jahr, nachdem das Hitlerreich mit Donnergewitter zusammengebrochen war, indem es diesen Invaliden mit einem Pfändungsbescheid bombardierte, und zwar für Steuern aus dem Jahre 1943, während am 18. 10. 46 dieselbe Stelle das Sparguthaben dieses Mannes für eine Einkommensteuer von RM 83.15 für das Kriegsjahr 1944 pfänden ließ.

Höher geht es bestimmt nicht mehr. Es ist auch hier anscheinend ein Bürokratismus in Reinkultur, der sich wie ein roter Faden durch die gesamten Ämter hindurchzieht. Diesem ein Ende zu bereiten, ist ein dringendes Gebot der Stunde.

Hände weg von der Schwerarbeiterzulage!

Noch am 24. Oktober hat das Plenum der Verfassunggebenden Landesversammlung einen kommunistischen Antrag einstimmig angenommen, der eine Erhaltung der Zulagen im bisherigen Umfange forderte.

Die Erregung unter der Arbeiterschaft gegen die reaktionäre und völlig unfähige Verwaltungsbürokratie, welche dem Arbeitsmann das so notwendige tägliche Brot schmälern will, um ihr eigenes Versagen zu verdecken, war so groß, daß sämtliche Abgeordneten aller Parteien es vor-

zogen, im Hinblick auf die bevorstehende Wahl für den kommunistischen Antrag zu stimmen.

Aber was geschieht? In ganz Nordbaden reisen Beauftragte des Wirtschaftsministeriums umher und entziehen ganzen Betrieben die Schwerarbeiterzulage. Gilt ein einstimmiger Beschluß der Landesversammlung, der gewählten Vertreter des Volkes, der unfähigen Verwaltungsbürokratie so wenig, daß sie sich einfach darüber hinwegsetzt und die weit unter der Mindestgrenze liegende Ernährungsgrundlage der Schaffenden untergräbt?

Wirtschaftsminister Köhler, welcher wie sein Vorgänger Andre der CDU angehört, hat als Abgeordneter ebenfalls dem kommunistischen Antrag auf Beibehaltung der Zulagen zugestimmt. In seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister jedoch führt er jetzt den Abbau der Zulagen durch und bedient sich dabei seines Parteifreundes, des Präsidenten des Landesernährungsamtes Keidel von der CDU. Auch Dr. Dietrich von der CDU spielt die gleiche Doppelrolle. Als Abgeordneter stimmt er gegen die Abschaffung der Schwerarbeiterzulage, und als Bevollmächtigter für die Ernährung Württemberg-Baden ordnet er diese Abschaffung an!

Die Arbeiter wissen also, wer schuld daran ist, daß sie hungern. Sie werden am kommenden Sonntag den Volksfeinden und reaktionären Bürokraten die Rechnung vor die Nase halten!

Die Arbeiter rechnen ab mit den Schuldigen an der Ernährungskatastrophe! Nur die Mitwirkung und Kontrolle des Volkes selber kann eine planmäßige Erfassung und gerechte Verteilung der Lebensmittel sichern.

Der Hunger kann gebannt werden! Das tägliche Brot des Arbeitsmannes muß gesichert bleiben! Die Kommunisten zeigen den Weg!

Deshalb wählt Kommunisten, Liste 4!

Bestellungen auf die
Badische Volksstimme

nehmen alle Postanstalten, Postagenturen, Postboten und Briefträger bis zum 22. eines jeden Monats entgegen. Monatsabonnement RM 0.50 zuzügl. Zustellgebühr.

Arbeitslosigkeit?

Die bevorstehende Kürzung der Stromzufuhr um 30 Prozent droht zehntausenden arbeitsamen und aufbauwilligen Werktätigen die Existenzgrundlage zu entziehen. Durch Kontrollratsbeschluss wurde die Höhe des deutschen Stromverbrauchs so festgelegt, daß eine deutsche Friedenswirtschaft möglich ist, die uns einen erträglichen mittleren europäischen Lebensstandard sichert. Weil wir unsere alte reaktionäre Verwaltungsbürokratie und ihre Kumpane in der Wirtschaft nicht beseitigt haben, droht mit der Herabsetzung der Stromzufuhr auch das wirtschaftliche Chaos über uns hereinzubrechen.

Unsere reaktionären Wirtschaftsführer haben sich nicht um den Aufbau einer planmäßigen demokratischen Wirtschaftsordnung bemüht, und ihre Helfershelfer in den höheren Verwaltungsstellen haben es verstanden, das schaffende Volk bei der Mitbestimmung und Kontrolle über die Wirtschaft auszuschalten. In dem Bestreben, ihre alten wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen wieder aufzubauen, führen die reaktionären Volkseinde Chaos und Elend herbei.

Die 30prozentige Stromkürzung bringt die Gefahr mit sich, daß wichtige Betriebe nicht mehr aufrechterhalten werden können und schließen müssen. 120 000 Arbeiter in Nordbaden würden damit brotlos!

Zu allen anderen Nöten erhebt sich vor dem schaffenden Volk das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Kurzarbeit von 32 Stunden oder 40 Stunden wöchentlich wird unvermeidlich sein. Die Arbeiter verlangen, daß unbeschadet der gekürzten Arbeitszeit die Schwerarbeiterzulage in vollem Umfange aufrecht erhalten bleibt. Die Arbeiter verlangen, daß die ohnehin schon unter dem Existenzminimum liegenden Löhne durch Gewährung einer Ausfallunterstützung auf dem bisherigen Niveau gehalten und darüber hinaus den erheblich gestiegenen Preisen angepaßt werden.

Eine Ernährung für die Schaffenden, die es ihnen ermöglicht, weiterhin ihre schwere Aufbauarbeit zu leisten!

Keinerlei Senkung der Löhne, auch nicht auf indirektem Wege über die Arbeitszeitverkürzung, sondern Anpassung derselben an das Preisniveau!

Die Reaktion hat die Katastrophe herbeigeführt und schiebt sich an zum Angriff auf die Grundrechte des schaffenden Volkes! Hunger, Not und Katastrophe können nur durch das schaffende Volk selber überwunden werden.

Deshalb wählen wir am 24. November

Kommunisten, Liste 4

Was wir nicht verstehen

Warum wird in Baden die Mehlsorte 1950, also die schlechteste Mehlsorte verarbeitet, während in Württemberg die weitaus bessere Type 1050 zur Ausgabe gelangt? Unsere Feststellung in Nr. 21 vom 21. September 1946, wonach auf einer Sitzung der Landesernährungsämter von Baden und Württemberg am 8. 8. 46 diese sonderbare Vereinbarung getroffen wurde, damit die Württemberger weiterhin ihre altgewohnten „Spätzle“ essen können, konnte der Herr Präsident Keidel (CDU) bisher noch nicht zufriedenstellend widerlegen.

Warum kann in Württemberg eine Kinder- und Kakaonährtrank, Eismilch und Keks durchgeführt werden, während die Kinder in den ausgebombten badischen Städten hungern müssen? Gibt es, Herr Präsident Keidel, vielleicht ein württembergisches Sonderkontingent?

Wir fordern eine gerechte Verteilung der gemeinsamen Lebensmittelbestände unter Berücksichtigung der nach allen Gesichtspunkten weitaus ungünstigeren Verhältnisse des badischen Gebiets.

Die kommende Volksvertretung, der am Sonntag zu wählende Landtag, wird den Herren von den Ernährungsämtern gründlich auf die Finger zu schauen haben. Mit jedem Tage verspüren wir es mehr, daß sie restlos unfähig, wenn nicht sogar bösen Willens sind. Sorgt dafür, daß im kommenden Landtag möglichst viele Männer und Frauen sind, welche fest entschlossen sind, dem Treiben der reaktionären Bürokraten ein Ende zu bereiten.

Wählt am 24. November

Kommunisten, Liste 4

Große Mehlschiebungen in Mannheim aufgedeckt! 220 000 Pfund Brot veruntreut!

Eine Kontrolle, die in diesen Tagen bei sechzehn Mannheimer Bäckern durchgeführt wurde, ergab, daß diese einen Fehlbestand von 1100 Doppelzentnern Mehl hatten. Drei weitere Bäcker gaben allein einen „Schwund“ bis zu 270 Doppelzentner Mehl an. Die Kontrollen werden fortgesetzt.

1100 Doppelzentner, das sind 220 000 Pfd. Brot, wurden der Mannheimer Bevölkerung entzogen, und die Untersuchung wird sicher noch viel haarsträubendere Resultate zutage fördern.

Vor einem halben Jahr erst wurden den Mannheimer Bäckern sogenannte „Ueberbrückungen“ bis zu 150 Doppelzentner zur Verfügung gestellt, um ihre „Fehlbestände“ auszugleichen. Wundert man sich noch über die Hungerkatastrophe, in der wir schon mitten drin stehen? Was nützen uns Behörden, welche restlos unfähig sind? Korruption, Schwarzhandel und Schiebertum haben dank der Duldung dieser Behörden in einem derartig erschreckenden Umfang zugenommen, daß die Ernährung unseres Volkes aufs äußerste gefährdet ist.

Das kann nicht mehr so weiter gehen!

Wir fordern strengste Bestrafung der Schuldigen.

Wir fordern die sofortige Geschäftsschließung für diejenigen, welche sich am täglichen Brot des Volkes vergreifen! Die Behörden müssen sofort und gründlich gesäubert werden! Das Volk selber muß die Kontrolle über die Ernährung vornehmen!

Es ist höchste Gefahr! Wenn wir nicht sofort handeln, werden wir alle zugrunde gehen! Verjagt die reaktionären Volkseinde und Bürokraten, welche den Hunger bewußt hervorrufen!

Wählt am 24. November

Kommunisten, Liste 4.

An die Heimkehrer

Brüder, in den grauen, ausgefransten Röcken, ihr kehrt heim aus Kriegsgefangenschaft — Hinkend an den derben, selbstgemachten Stöcken,

Runen im Gesichte, müde und erschöpft.

In den Augen lesen wir die bangen Fragen, die bei Tag und Nacht euch steter Alldruck sind.

Forschend schaut ihr, wer euch Antwort könnte sagen:

Sind sie noch am Leben, die wir suchen, Frau und Kind?

Ihr geht seltsam unbeteiligt und gelassen an den ausgebrannten Häusern zag vorbei, durch die schutterfüllten, menschenleeren Straßen,

als ob dies für euch gewohnter Anblick sei.

Denn wir wissen ja, ihr bringt in euren Herzen die Erinnerung mit an jenes große Leid, das ihr ändern brachtet, und an Not und Schmerzen, denen ihr im fremden Land vorbeigeschritten seid.

Dieses Wissen wird euch helfen zu ertragen, was euch noch erwartet hier in unserm Kreis. Niemand wird sein Schicksal tatenlos beklagen, der es einbezogen in die Not der andern weiß.

Aus dem Irrwahn dieses Krieges nun entlassen, tretet ihr in uns're Reihen wieder ein.

Gebt uns eure Hand, wir wollen sie vertrauensvoll fassen,

ihr sollt Arbeitsbrüder, niemals mehr Soldaten sein.

Walter Dehmel.

Unerträgliche Preisssteigerung

Die neuen Preise für Kunstdünger sollen 4—10 Prozent über dem Stand vom 24. März 1937 liegen. Dies bedeutet eine Preiserhöhung von ca. 50 Prozent gegenüber den jetzigen Preisen.

Da die Erzeugerpreise festliegen, werden die Bauern hierdurch erneut schwer belastet. Diese Preisssteigerung wird bestimmt nicht die Arbeits- und Ablieferungsfreudigkeit heben. Die Ernährungslage der Städte wird dadurch nicht verbessert werden.

Ohne Betriebsküchen kein Aufbau!

Der kommunistische Abgeordnete Paul Schreck erklärte in der Landesversammlung Württemberg-Baden, daß man die Rationen für Schwerarbeiter nicht schmälern und die Betriebsküchen nicht vernachlässigen darf, damit die Produktion nicht fällt, sondern gesteigert wird. Nur dadurch kann wiederum der Bauernmann solche Industrieprodukte beziehen, die er benötigt. Ein anderer Weg würde einen verhängnisvollen Kreislauf bewirken und schwere Erschütterungen hervorrufen. Es gibt da kein Ausweichen mehr. Soll die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten aufrecht erhalten und damit die notwendige Produktion gewährleistet werden, so muß die Schwerarbeiterzulage im bisherigen Umfang bestehen bleiben und insbesondere die Betriebsküchen bevorzugt und ausreichend beliefert werden.

Stadt und Land sind aufeinander angewiesen. Wenn die Stadt dem Dorf die Werkzeuge und Materialien gibt, die es braucht, so kann das Dorf der Stadt die Nahrungsmittel liefern, die sie benötigt.

Kirchheim

Wie schon oft darauf hingewiesen wurde, sind es absolut nicht in allen Fällen die kleinen Landwirte, die aus Böswilligkeit ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen. Erst am 29. 10. 1946 las man in der „Rhein-Neckar-Zeitung“, daß böswillige Landwirte verhaftet und ihre Produktion beschlagnahmt wurde. Hier handelt es sich schon mehr um übles Schiebertum und glatte Sabotage, und zwar sind es eigenartigerweise immer dieselben, die während der Nazizeit und ganz besonders während des Krieges nicht genug abliefern konnten, um den Sieg zu sichern. Mit der Hälfte ihrer damaligen Anstrengungen könnten sie heute ihr Ablieferungssoll mit Leichtigkeit erfüllen; aber sie waren damals die Totengräber Deutschlands und sind es heute bewußt wieder.

Da ist z. Zt. die Frau des früheren Ortsbauernführers Damm aus Kirchheim eine dieser Böswilligen. Schon im Nazireich als fanatische Helferin ihres Nazi-Ehemannes, der sich heute noch in Haft befindet, bekannt, handelt sie heute noch genau so wie alle jene, die von uns mit Recht kritisiert werden. Ihr größtes Augenmerk ist nicht der Erfüllung ihres Ablieferungssolls und der Steuervermeidung, sondern der Sammlung von Unterschriften für eine Eingabe, um die Harmlosigkeit ihres Mannes während des Naziterrors zu beweisen.

Ehemalige Nazis der Bauernschaft, die heute aus der Not des Volkes Kapital schlagen und die Anständigkeit der übrigen korrekten Ablieferer weiterhin mißbrauchen, verdienen nur die härtesten Strafen.

Weinheim

Wie wir erfahren, ist es endlich gelungen, daß die Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes des zerstörten Kreidacher Tunnels der Odenwaldbahn beschleunigt durchgeführt wird, sodaß endlich für alle Arbeiter, die bis jetzt einen weiten Anmarschweg nach Kreidach hatten, eine fühlbare Entlastung eingetreten ist.

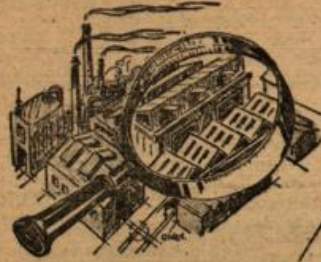
dürren, um die durch den Stromausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei!

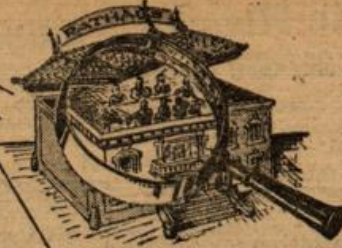
Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg



Unter
der
Lupe!



Mannheim

Lebensmittelkartendiebstähle
am laufenden Band

Lebensmittelkartendiebstähle am laufenden Band versetzen die Mannheimer Bevölkerung in begriffliche Erregung. Bereits vor 14 Tagen wurde in der Neckarstadt-Ost ein Einbruch versucht, während jetzt in Sandhofen, Neckarstadt-West und in der Innenstadt, wie auch erneut wieder in der Neckarstadt-Ost Einbrüche erfolgten. In der Bevölkerung spricht man von rund 50 000 gestohlenen Lebensmittelkarten. Unsere Bemühungen, bei den Behörden hierüber Klarheit zu erhalten, waren bis jetzt erfolglos. Die Mannheimer Bevölkerung bringt verständlicherweise die Brot-rationskürzungen im ersten Zuteilungsabschnitt mit diesen Diebstählen in Zusammenhang.

Die „Badische Volksstimme“ hat schon vor einiger Zeit die Frage aufgeworfen, was das Landeswirtschaftsamt in Karlsruhe getan hat, um diesen Diebstählen, die die monatliche Höhe von 50 000 erreichen, Einhalt zu gebieten. Als Erfolg unserer nur zu berechtigten Vorwürfe wagte es Herr Präsident Keidel von der CDU, unsere Veröffentlichungen einfach als falsch zu bezeichnen. Der Herr Präsident verlangte von uns sogar eine Berichtigung! In dieser uns zugesandten Berichtigung behauptete der Herr Präsident Keidel wörtlich folgendes:

„Bei der in Ihrem Artikel erwähnten Sitzung der Ernährungsämter von Baden und Württemberg in Stuttgart war die Erörterung von Sicherheitsmaßnahmen gegen Diebstähle von Lebensmittelkarten deswegen auf der Tagesordnung, weil in einer württembergischen Gemeinde kürzlich größere Mengen von Lebensmittelkarten entwendet worden waren. Es handelt sich also um einen in Württemberg vorgekommenen Einzelfall und nicht um mehrere Diebstähle. In Baden haben in dem Zeitraum, über welchen Bericht erstattet wurde, überhaupt keine Diebstähle von Lebensmittelkarten stattgefunden. Diebstähle von 50 000 Lebensmittelkarten sind in Baden niemals vorgekommen, noch viel weniger kann von „monatlichen“ Diebstählen die Rede sein.“

In der „Badischen Zeitung“ Karlsruhe vom 2. 11. läßt der Herr CDU-Präsident folgendes veröffentlichen:

„Am Schluß der eingehenden Beratung wurde von Präsident Keidel festgestellt, daß die Mitteilung der Mannheimer „Volksstimme“, wonach in Baden 50 000 Lebensmittelkarten gestohlen worden seien, falsch ist.“

In unserer Nr. 18 haben wir wahrheitsgemäß veröffentlicht, daß in Baden und Württemberg monatlich 50 000 Lebensmittelkarten gestohlen werden. Trotzdem im Protokoll vom 8. 8. 1946 in der Sitzung der Kreisernährungsleiter unter Vorsitz von Dr. Eisenmann vom Landesernährungsamt einwandfrei festgestellt wurde, daß in Baden und Württemberg monatlich 50 000 Lebensmittelkarten durch Einbruch entwendet werden, glaubt der Herr Präsident Keidel, diese Meldung als falsch bezeichnen zu müssen.

Lebensmittelkartendiebstähle vor einiger Zeit in Pforzheim, des weiteren Diebstähle von 600—700 Lebensmittelkarten in Spielberg, Kreis Karlsruhe, dazu enorme Unterschlagungen auf der Markenabrechnungsstelle in Mannheim und vor einigen Wochen der Versuch des Einbruchs in Mannheim-Oststadt, vor einigen Tagen die geglückten Einbrüche in Sandhofen, Neckarstadt-West, Neckarstadt-Ost und der Innenstadt — und dies alles unter der Leitung des CDU-Amtesvorstandes Schmitt in Mannheim: Das ist die Wahrheit, Herr CDU-Präsident Keidel!

Seit Monaten hat die „Badische Volksstimme“, trotzdem sie an Raum beschränkt ist, immer und immer wieder diese skanda-

lösen Zustände angeprangert und im Namen der empörten Bevölkerung Abhilfe verlangt. Geschehen ist nichts, sodaß auch hier anscheinend die bewährten „unentbehrlichen Fachkräfte“ gründlich versagt haben, an ihrer Spitze der Herr Präsident Keidel, der nicht einmal den Mut hat, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Korruption und Schiebertum, zu denen auch die „unaufklärbaren“ Diebstähle gehören, sind nicht in erster Linie als technisches Versagen des Verwaltungsapparates zu betrachten, sondern als eine Erscheinungsform des Kampfes der reaktionären Kräfte, um unter allen Umständen die Entwicklung eines geordneten, sauberen und demokratischen Wiederaufbaus, wie wir Kommunisten sie immer und immer wieder fordern, zu verhindern.

Der kommende Landtag wird dafür zu sorgen haben, daß mit unfähigen Behörden restlos Schluß gemacht wird und an ihre Stelle wirklich demokratische, mit dem Volk verbundene Einrichtungen gesetzt werden.

Entrahmte Frischmilch!

Die Mannheimer Bevölkerung wird u. a. auch mit Milch von den Landwirten aus Biblis versorgt. Der Verwalter der Milchzentrale in Biblis machte nun die Feststellung, daß die abends abgestellte Milch nicht mehr den Fettgehalt aufwies, der unbedingt vorhanden sein sollte. Durch Spuren in dem Milchraum gewann er die Ueberzeugung, daß in der Nacht von irgend einer Seite die Milch entrahmt wird. Er legte sich auf die Lauer und ertappte in den frühen Morgenstunden einen Mann mit Eimer und Schöpfgest, der sich eifrig bemühte, der Mannheimer Milchzentrale die Arbeit des Entrahmens abzunehmen. Aber wer glaubt, daß es sich um einen sehr bedürftigen und unterernährten Rahmdieb handelt, ist sehr im Irrtum, entpuppte sich doch derselbe als der Landesprodukt-Großverleiher.

Philipp Schmitt aus Biblis, dessen Geschäft unter Assistenz seines Schwiegersonnes, eines alten Pg., so gut lief, daß die anschließend durchgeführte Haussuchung etwa folgendes Resultat hatte:

- 8 Kochherde (13 sollen schon verschoben worden sein),
- 4 elektrische Herde,
- 40 Paar Damen- und Herrenschuhe,
- 1200 Flaschen Wein,
- 3000 Zigarren, eine ganz erheblich große Menge Zigaretten,
- 360 Dosen Fleischwaren,
- 60 Meter Anzugstoff,
- 150 Zentner Brennmaterial,
- zahlreiche Mengen Mehl, Zucker, ein vollkommen neues, jedoch in seine einzelnen Teile säuberlich auseinandermontiertes Auto,
- sowie ein unangemeldetes Schwein von rund drei Zentnern.

Soweit das Ergebnis eines zu dem ertappten, biedereren Mannes, dessen Hauptberuf es ist, die Landesprodukte im Großen an die hungernde Stadtbevölkerung zu verteilen, eines Schiebbers und Schwarzhändlers, welcher zur großen Kategorie derer gehört, für die die Todesstrafe die einzig richtige Sühne bedeutete.

Entnazifizierte Größen!

Ohne weiteren Kommentar, das Urteil überlassen wir der Öffentlichkeit, seien folgende zwei Urteile der Spruchkammer Mannheim angeführt:

Baumbusch, Anneliese, ehemalige Hauptgruppenführerin im Generalsrang, fanatisches Mitglied der NSDAP, eine der gewichtigsten Führerinnen des BDM, wird von der Spruchkammer Mannheim als Minderbelastete mit einem Sühnebetrag von RM 200.— eingeteilt.

Kiefer, Liselotte, Heidelberg, fanatische Pg., half bei der Denunziation einer ausgebombten, schwerkranken Frau, die vom Sondergericht daraufhin zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt wurde und dadurch restlos alles verlor. Die Spruchkammer Mannheim spricht diese Denunziantin, trotzdem der öffentliche Kläger Einweisung in ein Arbeitslager und entsprechende Vermögensabgabe beantragte, frei und legt die Kosten der Staatskasse auf.

Sinsheim

Parteiaustritt des Sinsheimer CDU-Kreisvorsitzenden

Vor kurzer Zeit hat der erste Kreisvorsitzende der CDU des Landkreises Sinsheim, Ingenieur Heinrich Hoffmann, sein Amt niedergelegt und seinen Austritt aus der Partei erklärt. Im Anschluß daran legte er in einer öffentlichen Versammlung in Sinsheim die Gründe seines Austritts dar — Gründe, die zu denken Anlaß geben und ein mehr als eigenartiges Licht auf die derzeitigen Machtverhältnisse innerhalb der Sinsheimer CDU werfen.

Sinnmehr kommt in der Bevölkerung des Landkreises Sinsheim erstauntes Befremden darüber zum Ausdruck, daß die CDU zum Nachfolger Heinrich Hoffmanns keinen Besseren als den ehemaligen Oberzahlmeister zum Leiter eines CDU-Sekretariates eingestellt hat, also Wege des CDU-Sekretariates eingestellt hat, also Wege des CDU-Sekretariates des Landkreises Karlsruhe liegen. Gerade die Partei, die sich ohnedies des fast immer berechtigten Vorwurfs, ein Sammelbecken der Reaktion zu sein, nur schwer erwehren kann, sollte in der Auswahl ihrer Amtsträger etwas vorsichtiger handeln. Hierzu kommt noch, wie die RNZ vom 19. 11 in ihrer Nr. 122 berichtet, daß dieselbe CDU-Fraktion des Sinsheimer Kreistages zwei Anträge der SPD, die dem sozialen Gedankengut der KPD entsprangen, und zwar die Aufstellung eines Notprogramms im Bauwesen, sowie Maßnahmen zur Bodenreform, abgelehnt hat.

Zusammen mit der anfangs erwähnten Tatsache fällt es schwer, die soziale Einstellung der CDU zu erkennen. Wie wird das arbeitende Volk, der Bauer und der Neubürger darüber urteilen?

Sie wählen Kommunisten, Liste 4!

Tauberbischofsheim

Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen!

Auch in Tauberbischofsheim amtet eine Spruchkammer unter der Leitung des Herrn Ministerialrats Zimmermann.

Spruchkammern sollen entnazifizieren ohne Ansehen der Person und aus der Erwägung heraus, daß nicht nur Schädlinge ausgemerzt werden sollen, sondern die kleinen Pgs. die Gelegenheit erhalten, raschmöglichst wieder durchgehende Tätigkeit am Aufbau mitzuhelfen. Wie positive Mitarbeiter gerade bei der Spruchkammer Tauberbischofsheim aussieht, mögen folgende beiden Fälle schlaglichtartig beleuchten:

In Lauda wohnte vor 1933 ein stellenloser Arbeiter. Kaum reichete die Erwerblosensunterstützung zum allernotwendigsten Lebensunterhalt aus, Schuhe und Kleider gingen in die Brüche, mehr und mehr ging es abwärts. Er fällt auf die verlogene Goebbels-Propaganda herein, wird 1933 Pg., erhält Arbeit, aber er bleibt was er war, ein ganz kleiner Prolet, ohne Amt und Würden. Heute kommt er vor die Spruchkammer und muß RM 800.— Sühnekosten leisten. Dieser Betrag tut ihm weh, sogar bitter weh. — Soweit die Entnazifizierung des Arbeiters.

Ungefähr zur selben Zeit steht ein ehemaliger Hauptmann vor den Schranken der Spruchkammer. Er hat sich vor 1933 vorerst zurückgehalten, dann aber hinein in die Partei, hinein in die SA, wo er sehr bald Sturmbannadjutant wird. Es kommt „Sieg Heil“ die Militarisierung, und nun wird braun mit grau vertauscht, es gibt Krieg. Der Hauptmann wird Major (aber nicht an der Front), er wird Oberstleutnant, ebenfalls in der Heimat, und dann kommt der Zusammenbruch und der Herr Oberstleutnant vor die Spruchkammer. Nachdem der kleine Pg. mit RM 800.— hat sühnen müssen, sollte man annehmen, daß — — — ?

Mit christlichem Erbarmen entdeckt die Spruchkammer ihr gutes Herz und aus der Westentasche zahlt der Aktivist und Militarist bare RM 400.—.

Wäre es nicht angebracht, daß der Vorsitzende, Herr Ministerialrat Zimmermann, in Zukunft solche Urteile nach den Klängen des Badenweiler Marsches verkündet? In diesem Zusammenhang eine Frage, Herr Vorsitzender:

1. Stimmt es, daß Sie ohne Genehmigung des Arbeitsamtes und trotzdem dieses Einspruch erhob, mithelfende Familienangehörige aus der Landwirtschaft zur Spruchkammertätigkeit verpflichteten?
2. Woher stammt eigentlich Ihre Vorliebe für landwirtschaftlich kundige Bürokräten?

Die Öffentlichkeit verlangt mit vollem Recht eine klare Stellungnahme, besonders zu den beiden Urteilen, die wohl der schlagendste Beweis für unsere berechtigte Feststellung sind: „Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen“.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10. Telefon Nr. 432 60. Auflage 80 000. Druck: Gebrüder Diebach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.